

der aus dem Konzentrationslager kommt und dessen Familie, wie sie von ihm selbst gehört haben, entweder vergast oder ermordet worden ist, der also mit den Ressentiments seiner Rasse und mit dem Rachegefühl eines KZlers seine Arbeit antreten wird. Keine Frau könnte sich mit ruhigem Gewissen seiner Behandlung anvertrauen. Die Existenz der Frauenklinik stünde auf dem Spiel". Obwohl ein Magistratsmitglied diesen unglaublichen Verdächtigungen widersprach, stimmte Oberbürgermeister Rebholz den Ausführungen von Kasperkowitz zu.

Nachdem dieser Sachverhalt in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, hat sowohl die Militärregierung, als auch das hessische Innenministerium eine Untersuchung der Angelegenheit eingeleitet.

Die „Frankfurter Rundschau“ nennt diesen empörenden Fall in einem Leitartikel ein Zeichen des „stillen Antisemitismus, der wesentlich in der Ablehnung der jüdischen Mitbürger und ihrer Ausschaltung im öffentlichen Leben besteht und seiner negativen Erscheinungsform wegen schwer zu fassen ist.“

Das „Mitteilungsblatt der Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“ bezeichnet (in Nr. 9, September 49) den Vorfall als, „einen schweren Verstoß gegen die Grundrechte der neuen Bundesverfassung“ und erwartet „daß dieser Vorfall Anlaß zu einer Stellungnahme der Bundesregierung wird, um ein für alle Mal durch einen Präzedenzfall festzustellen, daß Vorgänge dieser Art ungesetzlich sind und unter Strafe stehen. Wir sehen zwar in dem Offenbacher Vorgang einen Einzelfall, müssen aber befürchten, daß er Schule machen könnte, wenn nicht allen etwaigen Wiederholungen energisch vorgebeugt wird“.

Der Regierungspräsident von Darmstadt, Wagner, teilte mit, daß er den Offenbacher Bürgermeister Kasperkowitz von seinem Amt suspendiert habe. Der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Hessen, Dr. Newman, sagte in einer Pressekonferenz in Wiesbaden, an der auch Ministerpräsident Stock und Innenminister Zinnkann teilnahmen, er sei befriedigt über die Maßnahmen der hessischen Staatsregierung zur Beilegung der skandalösen Vorfälle bei der Wahl des Chefarztes der Offenbacher Frauenklinik. Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung sprach in einer fünfstündigen Sondersitzung dem zweiten Bürgermeister Dr. Kasperkowitz (CDU) einstimmig ihr Mißtrauen aus. Ein Mißtrauensantrag gegen den Offenbacher Oberbürgermeister Rebholz (SPD) wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Berufung des

an Stelle Dr. Lewins zum Chefarzt der Frauenklinik gewählten Dr. Tietze wurde aufgehoben.

(In: „Der Weg“, 7. 10. 49, Nr. 40)

c) Synagogenschändungen

In Marktreidwitz in Bayern wurde die Synagoge durch den Hotelbesitzer Hans Rief, der durch ein Gericht denazifiziert worden war, beschädigt. Rief stieg nachts in die Synagoge ein, zerbrach die Fenster, zerriß die Gebetbücher und Thorarollen. Der Gemeinderat erließ eine Erklärung, daß er die barbarische Handlung schwer verurteile. Den Juden der Stadt wurde vom Gemeinderat ein anderes Lokal für die Gottesdienste am Jom Kippur zur Verfügung gestellt.

(In: Israelitisches Wochenblatt 40. 49 (Zürich, 7. 10. 49, S. 22)

Das Freiburger „Katholische Kirchenblatt“ (Nr. 41 vom 9. 10. 49) meldet im Zusammenhang damit:

Das bischöfliche Ordinariat Regensburg mißbilligte in schärfster Form die Schändung der Synagoge in Marktreidwitz, erklärte Generalvikar Josef Franz, Regensburg. Ein derartiges sakrilegisches Verbrechen spreche dem Prinzip der christlichen Liebe hohn und stehe in völligem Widerspruch zu der gebotenen Achtung vor der Überzeugung des Mitmenschen. Die Synagogenschänder hatten die Eingangstüre und den Altarschrank gewaltsam geöffnet und die liturgischen Bücher auf dem Boden zerstreut.

In Frankfurt wurden eine Anzahl Jugendliche verhaftet, welche die Fenster der Synagoge eingeworfen hatten.

(In: Israelitisches Wochenblatt 49 (Zürich, 14. 10. 49) 41. S. 8)

d) Morddrohung und Mordversuch

In dem unterfränkischen Städtchen Wiesenfeld am Main wurde der jüdische Viehhändler G. Steigerwald von unbekannten Tätern erneut bedroht, nachdem vor wenigen Tagen gegen ihn ein mißglücktes Sprengstoffattentat verübt worden war. Auf einem Zettel, der ans Hoftor geklebt wurde und der mit einer entsprechenden Zeichnung illustriert war, wurde St. in Aussicht gestellt, gelyncht zu werden. Unbekannte Täter hatten ihm sein Schlafzimmerfenster eingeschlagen, einen toten Hund und eine tote Katze vor die Haustür gelegt und im Hof Giftweizen gestreut.

(In: „Süddeutsche Zeitung“ Nr. 148 vom 31. 10. 49)

8. 2) Offizielle Persönlichkeiten zur deutschen Haltung gegenüber den Juden

McCloy zur deutschen Judenfrage

Auf einer Konferenz deutscher jüdischer Delegierter aus den Westzonen und Berlin betonte McCloy, es hieße die Möglichkeiten einer demokratischen Entwicklung verleugnen, wollte man die Auffassung übernehmen, daß Juden in Deutschland nicht wie in anderen Ländern leben könnten. Die Welt wird den neuen westdeutschen Staat sorgfältig überwachen und einer der Prüfsteine, an denen er gemessen wird, wird in seiner Haltung gegenüber den Juden bestehen. (REUTER)

(In: JCCJ, Nr. 3017 vom 15. 8. 49)

Die Bundesregierung zum Antisemitismus

In seiner am 20. September 1949 vor dem Bundestag abgegebenen Regierungserklärung sagte Bundeskanzler Dr. Adenauer unter anderem:

„Lassen Sie mich ein Wort zu hier und da anscheinend hervorgetretenen antisemitischen Bestrebungen sagen. Wir verurteilen diese Bestrebungen auf das Schärfste, und wir halten es für unwürdig und an sich für unglaublich,

daß nach allem, was sich in nationalsozialistischer Zeit begeben hat, noch Leute in Deutschland sein sollten, die Juden deswegen verfolgen oder verachten, weil sie Juden sind.“

(Zitiert nach „Mitteilungsblatt der Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen“, (Hamburg, September 1949) 9. S. 2)

Dr. Adenauer bejaht Wiedergutmachungspflicht

Bundespräsident und Bundeskanzler zum jüdischen Neujahrstfest

Bundespräsident Theodor Heuß und Bundeskanzler Adenauer haben neben anderen deutschen Staatsmännern und Politikern den jüdischen Gemeinden in Deutschland ihre Glückwünsche zum jüdischen Jahreswechsel am 23. September übermittelt. Der Bundespräsident schrieb in seiner Neujahrbotschaft, die Juden würden und die Deutschen dürften die Zeit der Verfolgung und des satanischen Vernichtungswillens nicht vergessen, aber sie müßten zusammen über das schlimme Erbe hinwegkommen. Das Wissen um die Würde des Menschen müsse zu einer Kraft

werden, die den anderen nicht nur dulde, sondern achte. Bundeskanzler Dr. Adenauer spricht die jüdischen Landsleute als gleichberechtigte Mitbürger an, „deren vollgültigen Anteil am geistigen, politischen und sozialen Aufbau unseres Landes wir wünschen. Wir bejahen die Verpflichtung, an den Juden begangenes Unrecht wiedergutzumachen, soweit es irgend möglich in unseren Kräften steht.“

(„Badische Zeitung“, Freiburg 24/25. 9. 49)

Dazu äußerte sich „Der Weg“, Zeitschrift für Fragen des Judentums, Berlin, 7. 10. 49:

„Bevor unsere diesjährigen Feiertage zu Ende gehen, möchten wir den Persönlichkeiten der deutschen Regierung für ihre Glückwünsche zum Beginn des jüdischen Jahres danken. Wir sind uns der Bedeutung, die wir diesem Glückwunsch beimessen, voll bewußt, denn es ist zum erstenmal seit nunmehr 16 Jahren, daß deutsche Regierungsbeamte in diesem Sinne zu unserer Gemeinschaft sprachen. Möge es ein gutes Omen sein.“

Eine Erklärung Dr. Schumachers

In einer Aussprache zwischen Vertretern der jüdischen Gemeinden in Deutschland und dem Vorstand der SPD erklärte Dr. Schumacher in Bonn, die SPD wolle alles tun, um durch Gesetzesvorlagen die jüdischen Gemeinden gegen antisemitische Ausschreitungen und Propaganda zu schützen. Die SPD werde sich dafür einsetzen, daß die materiellen, politischen und geistigen Voraussetzungen für eine befriedigende Lösung der jüdischen Probleme geschaffen werden.

(In: „Der Weg“, 7. 10. 49, Nr. 40)

Die deutschen Kommunisten an die Kommunisten Israels

In einem Schreiben an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Israels dankte der Vorsitzende der KPD, Max Reimann, für die herzliche Einladung zum 11. Parteitag der KPI und bat darum, dem Kongreß die schriftlichen Grüße der deutschen Kommunisten zu übermitteln. Leider ständen im Augenblick der Entsendung einer Delegation von hier unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen.

In der Grußadresse heißt es: „Wir deutschen Kommunisten sind uns der furchtbaren Schuld bewußt, die das deutsche Volk dem jüdischen Volk gegenüber auf sich geladen hat. Wir wissen, daß es keinen jüdischen Bürger Israels gibt, der nicht einen seiner Angehörigen oder

Verwandten in den Todeslagern der Ghettos verloren hat. Wir wissen, welch große Verantwortung wir deutschen Kommunisten im Kampf gegen die barbarische Rassenhetze und den kannibalen Antisemitismus haben.“

(Aus: „Unsere Stimme“, Schwenningen, 6. 10. 49)

Bischof Dibelius über die Wiedergutmachung

In seiner Predigt in der Marienkirche am 12. Juni 1949 sagte Herr Bischof Dr. Dibelius, einen „Schadenersatz“ könne man auch mit Gewalt erzwingen, eine „Wiedergutmachung“ aber müsse aus dem freien Willen dessen kommen, der Unrecht verschuldet habe.

(In: Der Weg, Zeitschrift für Fragen des Judentums, 4 (Berlin, 24. 6. 49) 25. S. 2)

„Kirche und Synagoge“

Kirchenpräsident D. Stempel bat in einer Predigt in Landau (Pfalz) um öffentliche Pflege der Stätten, auf denen die zerstörten Synagogen standen. In der Niedrigkeit der Not und im Taumel neu aufbrechender Lustbarkeit sei noch nach dem Kriege manches geschehen, was der Würde des deutschen Volkes nicht gedient habe. Es sei eine Aufgabe von entscheidender Bedeutung, Volk und Jugend wieder dazu zu erziehen, daß sie das Heilige heilig halten. (Evangelischer Kirchenbote.)

(Zit. nach: Mitteilungsblatt der Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen, Hamburg, Juli 49)

Landesbischof Bender zur Judenfrage

Landesbischof Dr. Bender erließ aus Anlaß der Fürbitte für die Judenmission in den evangelischen Kirchen Deutschlands ein Rundschreiben an die Pfarrer in Baden. In diesem Schreiben werden die Pfarrer gebeten, den Gemeinden vom Evangelium her zur rechten christlichen Haltung gegenüber dem jüdischen Volke zu verhelfen. „Die Tatsache“, schreibt der Landesbischof unter anderem, „daß faktisch heute nur noch wenige Juden in Deutschland leben, enthebt uns nicht der Pflicht, unsere christlichen Gemeinden zur Überwindung tiefgewurzelter feindseliger Empfindungen gegenüber dem jüdischen Volke zu ermahnen. Wo Christi Barmherzigkeit empfangen wird, kann sich keine Feindschaft, auch nicht eine Feindschaft gegen das jüdische Volk, halten.“

(„Badische Zeitung“, Freiburg, 23. 8. 49)

8. 3) Das Verhältnis der christlichen zur jüdischen Welt

Weizmann-Ehrung i. d. katholischen Universität Fribourg

Am 12. September 1949 fand in der katholischen Universität Freiburg i. d. Schweiz ein festlicher Akt statt, bei dem die Universität die Erneuerung des Doktordiploms vornahm, das die Universität Freiburg vor 50 Jahren dem damaligen Chemiestudenten und heutigen Staatspräsidenten von Israel, Chaim Weizmann, verliehen hatte. Fakultätsdekan Prof. Blum überreichte Prof. Weizmann das erneuerte Doktordiplom, das die überragenden wissenschaftlichen Leistungen des Jubilars wie sein Wirken als Präsident des Staates Israel in lateinischen Worten verzeichnet. Professor Weizmann versicherte, daß er stets den zwei Leitsternen seines Lebens, der Wissenschaft und Palästina, die Treue gehalten habe.

Ein feierlicher Empfang im Hotel de Fribourg, auf dem auch der Präsident der freiburgischen Regierung, ein Studienkollege Weizmanns, sprach, erreichte seinen Höhepunkt mit zwei grundsätzlichen, für das Verhältnis der christlichen zur jüdischen Welt bedeutsamen Ansprachen von Msgr. Charrière, Bischof von Lausanne, Genf und Fribourg, und Staatspräsident Weizmann.

Bischof Charrière begann seine Ausführungen mit dem Hinweis auf all das, was das Christentum durch den Kanal Israels von Gott empfangen habe, und er gab seiner Gewißheit Ausdruck, daß über alle schmerzlichen Divergenzen hinaus eines Tages eine tiefe und endgültige Einigkeit zwischen Christen und Juden entstehen werde. In scharfen Worten geißelte Bischof Charrière den Antisemitismus. „Der Christ, der dieses Namens würdig ist“, so führte er aus, „hat keinen Teil am Antisemitismus“. Er verabscheue oberflächliche und ungerechte Urteile, die von Mißtrauen oder Haß erfüllt seien. Msgr. Charrière erinnerte an die Worte von Papst Pius XI. im Jahre 1938, daß es für den Christen unmöglich sei, den Antisemitismus mitzumachen, und daß alle Christen geistlich Semiten seien. Er wies auf das Eintreten von Papst Pius XII. in der Weihnachtsbotschaft des Jahres 1942 für die Hunderttausende hin, die ohne jedes Verschulden dem Tod oder der allmählichen Vernichtung überliefert würden. Bischof Charrière schloß seine Ansprache, an Professor Weizmann gewendet, mit den Worten: „Indem wir Ihnen für die große Ehre danken, die Sie uns erweisen, und indem wir zu Gott beten, daß er Sie segnen möge, bitten wir